

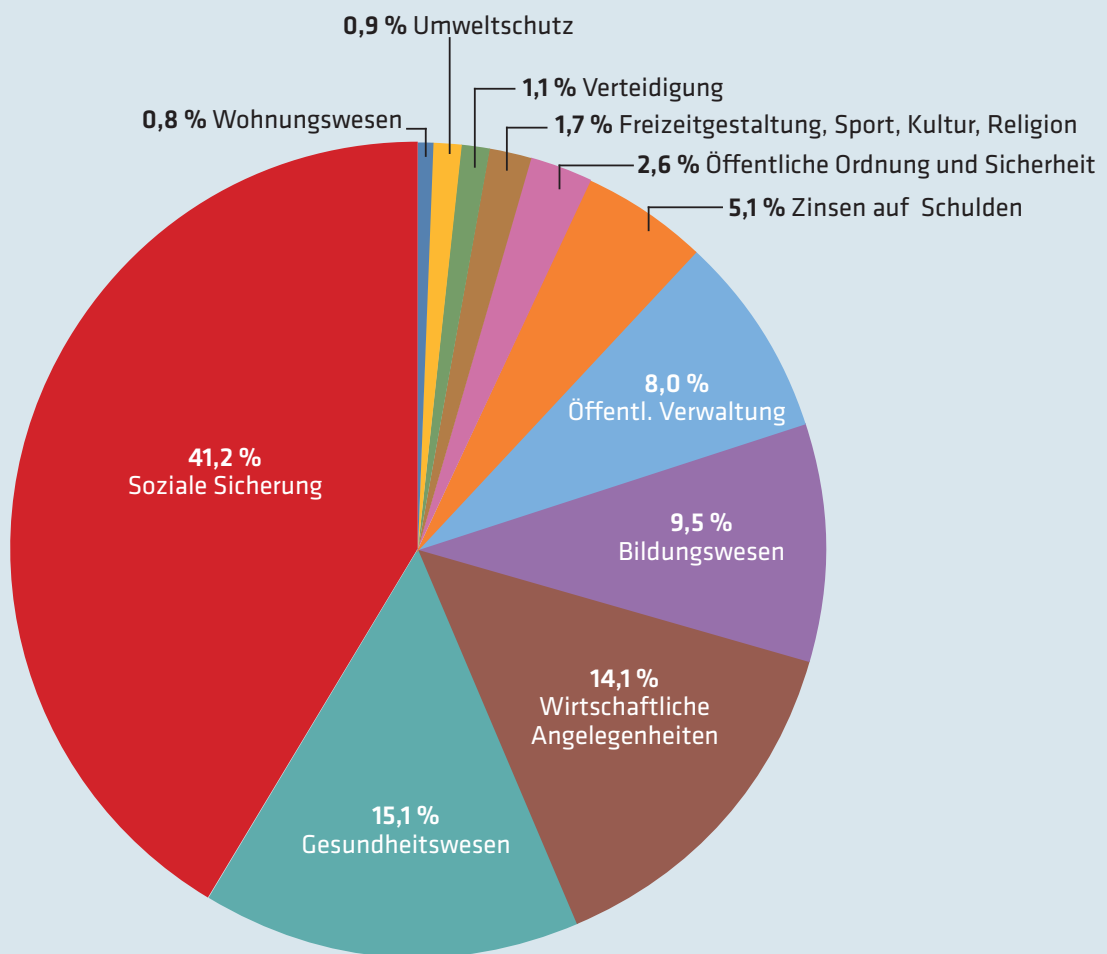
WO LIEGT DAS PROBLEM?

Ohne Steuern gäbe es keinen Sozial- und keinen Rechtsstaat. Doch durch Steueroasen, Schlupflöcher und internationale Konzerne kommen die Steuersysteme unter Druck.

Steuern sind die wesentlichste Grundlage aller öffentlichen Leistungen und Güter. Ohne Steuern gäbe es kein öffentliches Bildungs-, Gesundheits- oder Sozialsystem, keine öffentliche Infrastruktur, keinen Rechtsstaat und vieles andere mehr. Jeder Staat bestimmt sein eigenes Steuersystem. Diesen Regelungen stehen multinationale Konzerne und Besitzer

großer Vermögen gegenüber, die Schlupflöcher an den Schnittstellen zwischen unterschiedlichen Steuergesetzen zu ihren Gunsten ausnutzen, um möglichst wenig Steuern zu zahlen. Dazu kommen Steueroasen, deren „Geschäftsmodell“ es ist, Konzernen und Reichen dabei zu helfen, anderen Staaten Steuern zu entziehen.

STRUKTUR DER STAATSAUSGABEN ÖSTERREICH 2014



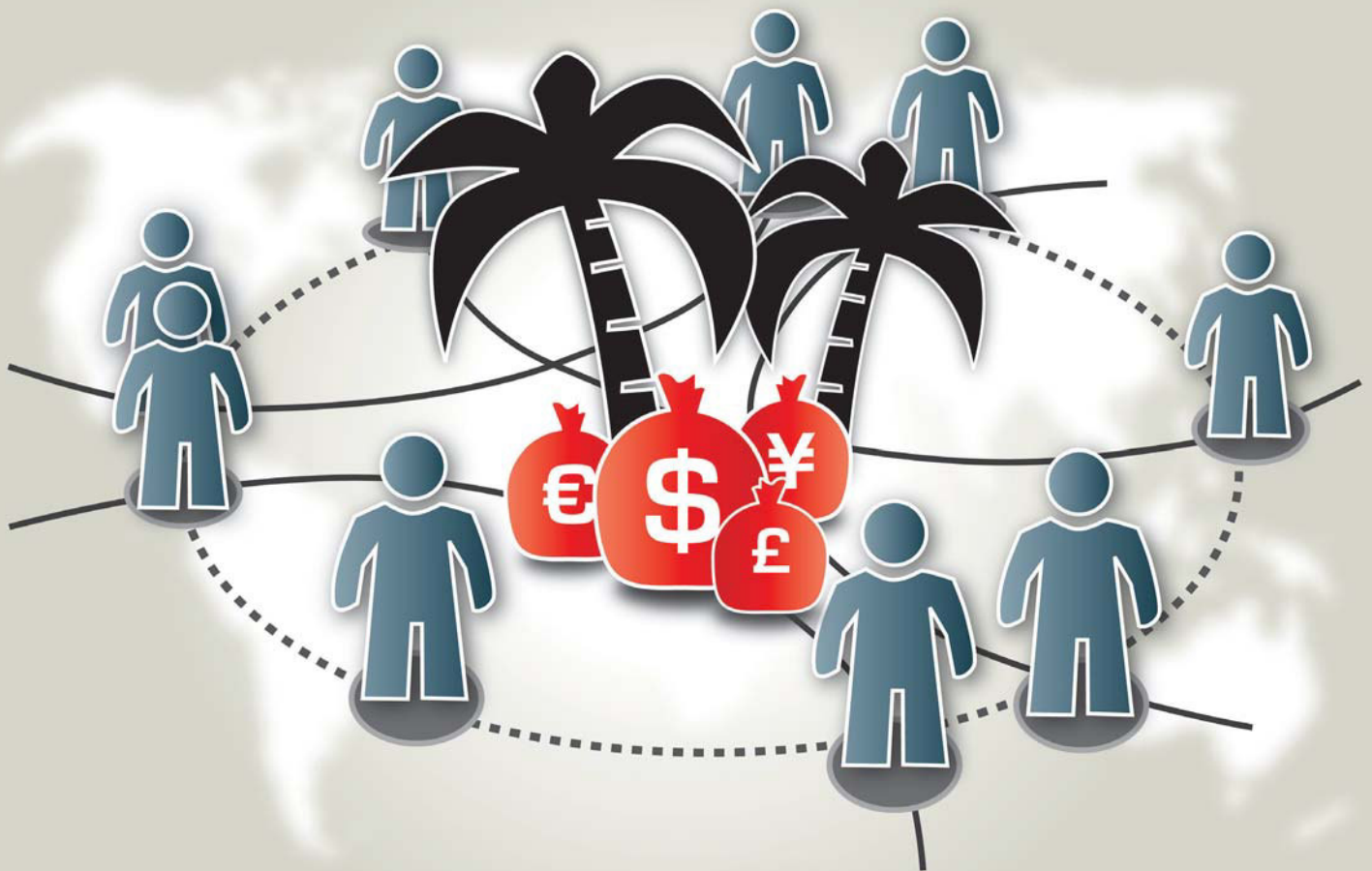
DIE DIMENSION DES PROBLEMS

Die Europäische Kommission geht davon aus, dass in der EU jedes Jahr etwa eine Billion – das sind 1000 Milliarden! – Euro durch Steuerhinterziehung und -vermeidung verloren gehen. Das ist das dreifache Bruttoinlandsprodukt Österreichs.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gibt den Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen an, die innerhalb eines Jahres in einem Land hergestellt wurden, abzüglich aller Vorleistungen. Eine Billion Euro entspricht dem dreifachen BIP Österreichs im Jahr 2014. Ganz Österreich müsste also drei Jahre lang arbeiten und produzieren, um diesen Betrag zu erwirtschaften.

Anders betrachtet entspricht die Summe dem BIP von Österreich, Portugal, Luxemburg, Kroatien, Rumänien, der Slowakei, Bulgarien, Slowenien, Litauen, Lettland, Estland, Zypern und Malta zusammen.

Mit einer Billion Euro könnte man auch jeder EU-Bürgerin / jedem EU-Bürger fast 2.000 Euro pro Jahr schenken – ein netter Zuverdienst.



Was man mit

Ein sinnvoller Ausbau der Mühlkreisbahn in Oberösterreich würde **280 Mio. €** kosten.

Ein Wohnbaupaket im Volumen von **5,75 Mrd. €** schafft 20.000 Arbeitsplätze in Österreich.

Ein nachhaltiger Ausbau der österreichischen Energienetze kostet **700 Mio. €**.

Mit **6 Mrd. €** könnte das österreichische Gesundheitssystem ohne Selbstbehalte bzw. selbst zu bezahlenden Gesundheitsleistungen auskommen.

100 Mio. € pro Jahr mehr ermöglichen deutlich bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte in Oberösterreich.

1.000.000.000.000,- Euro

Mit rund **3 Mrd. €** im Jahr könnte die Armutsgefährdung in Österreich beseitigt werden.

Mit EU-weit **280 Mrd. €** im Jahr könnte ein Zukunftsprogramm für Investitionen, nachhaltige Entwicklung und Qualitätsjobs verwirklicht werden.

Mit **4,15 Mrd. €** kann man rund 100.000 Lernwilligen in Österreich ein 3-jähriges Fachkräftestipendium finanzieren.

Mit **21 Mrd. €** kann eine europäische Jugendgarantie zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eingeführt werden.

Eine Aufstockung der AMS-Mittel um **500 Mio. €** hilft Arbeitsplätze in Österreich zu sichern.

an verlorenen Steuern

Mit **5,2 Mrd. €** pro Jahr lässt sich in Österreich die größte Steuerreform seit 40 Jahren umsetzen.

30 Mio. € pro Jahr bedeuten 300 zusätzliche ArbeitsinspektorInnen in Österreich, um nachhaltig Verstöße gegen Arbeitnehmerschutzbestimmungen zu verhindern.

460 Mio. € würde eine oberösterreichische Regio-Tram Richtung Gallneukirchen und Pregarten kosten.

Für **1 Mio. €** jährlich wäre es in Oberösterreich möglich, jedes Alten- und Pflegeheim im Nachtdienst mit mindestens einer diplomierten Pflegekraft zusätzlich zu besetzen.

alles machen könnte.

Mit **419 Mrd. €** ließe sich das öffentliche Defizit der EU, etwa aus dem Jahr 2014, ausgleichen.

Eine vernünftige Reform der österreichischen Pendlerpauschale wäre mit **300 Mio. €** gut möglich.

Zur Vermeidung von Altersarmut könnte mit **1 Mrd. €** pro Jahr in Österreich die Anhebung des Ausgleichszulagenrichtsatzes auf die Armutsgefährdungsschwelle finanziert werden.

Mit **15 Mrd. €** ließen sich 1.000 km Bahnstrecke (inkl. Planung und anteiligen Kosten für Lärmschutz, Bahnhöfe usw.) errichten.

2 Mrd. € wären zusätzlich notwendig, um den Anteil der privaten Pflegekosten österreichweit erheblich zu reduzieren.

Mit **300 Mio. €** ließen sich alle privaten Ausgaben für öffentliche Bildungseinrichtungen (Kindergarten, Schule, Studium) öffentlich finanzieren.

Mit **68 Mio. €** ließen sich die Kinderbetreuungsplätze für unter 3-Jährige in Oberösterreich entsprechend dem Barcelona-Ziel der EU ausweiten.

Der längerfristig gesicherte Ausbau der ganztägigen Schulformen benötigt österreichweit **654 Mio. €** pro Jahr.

WER SIND DIE OPFER?

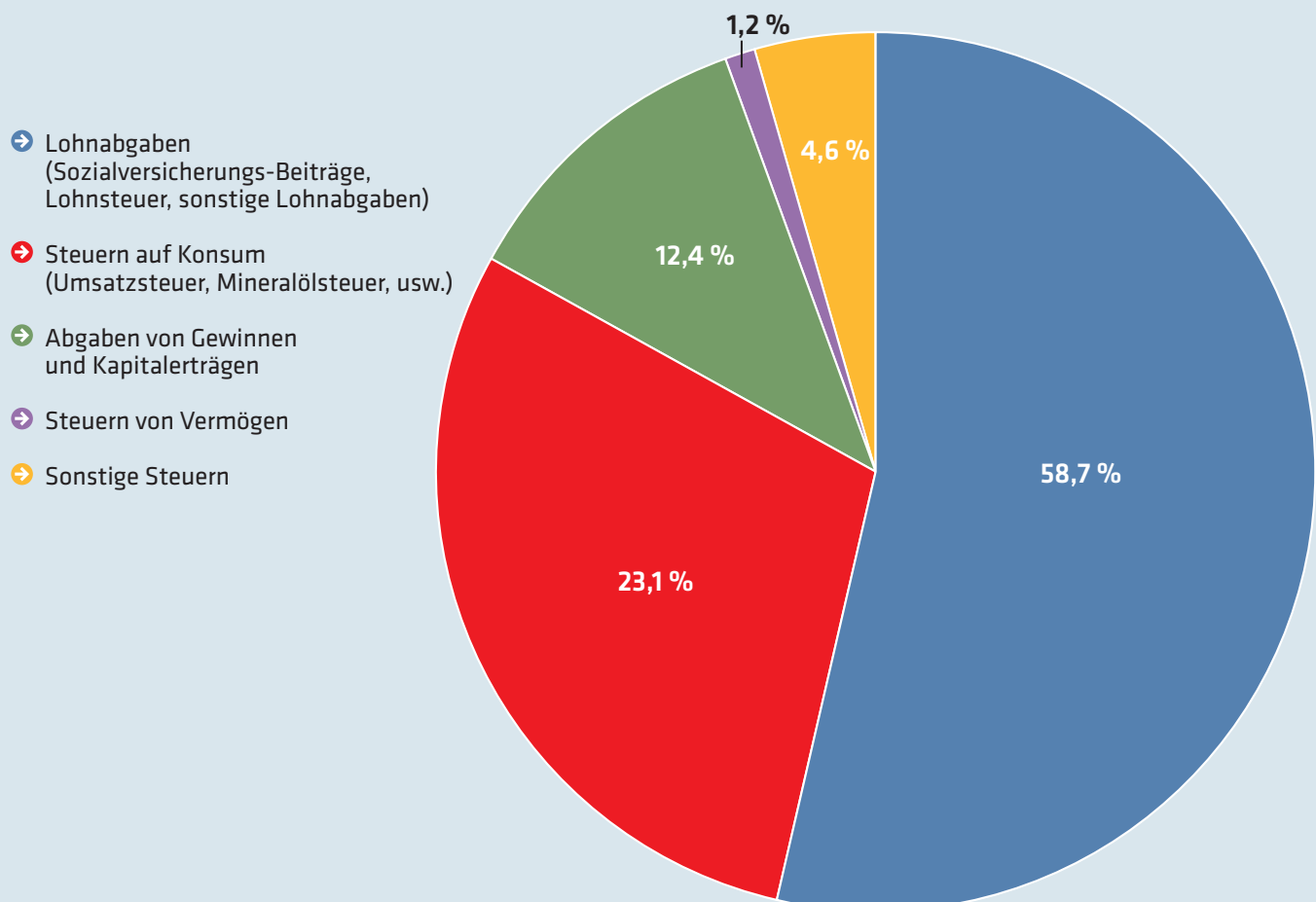
Die Leidtragenden sind allem voran die Arbeitnehmer/-innen, die den Steuerausfall in den Ländern, die um ihre Einnahmen gebracht werden, kompensieren müssen. Auch in Österreich wird das Steueraufkommen immer mehr auf den Faktor Arbeit verlagert.

Gleichzeitig sind Arbeitnehmer/-innen von staatlichen Ausgabenkürzungen überproportional betroffen, wenn die Kompensation nicht gelingt. Das bei nur minimalen Möglichkeiten, auf ihre eigenen Steuerleistungen Einfluss zu nehmen: Über den Lohnzettel wird alles automatisch abgezogen.

Auch Konsumenten/-innen müssen die Ausfälle oft durch höhere Konsumsteuern kompensieren. Selbst

Klein- und Mittelunternehmen (KMU) sind negativ von den Tricks der Großen betroffen, denn ihnen fehlen oft die Möglichkeiten, Steuervermeidung im großen Stil zu betreiben. Transnationale Unternehmen zahlen im Schnitt 30 Prozent weniger Gewinnsteuern als national agierende. Letztere können deswegen oft mit den großen Konzernen nicht mithalten – ein Teufelskreis.

ÖSTERREICHISCHER STEUERKUCHEN 2014



EIN GESCHÄFT OHNE GEGENLEISTUNG!

Staaten stellen den Unternehmen als Grundlage für deren Geschäfte wertvolle Infrastruktur zur Verfügung: Industrie- und Gewerbeflächen, Verkehrsanbindungen, öffentliche Bildungssysteme, qualifizierte Arbeitskräfte, Rechtsicherheit u.v.m. Durch die Steuervermeidungsstrategien erhalten sie für diese Vorleistungen aber immer weniger Gegenleistung von international agierenden Unternehmen.

Auch das Leistungsfähigkeitsprinzip ist verletzt: denn es sind immer diejenigen, die tricksen und Steuern hinterziehen, die es sich eigentlich leisten könnten einen fairen Beitrag beizusteuern.



Fotos: APA, Fotolia
Fotomontage: AK+D



Fotos: Silke Otsch
u. Celia Di Paoli

Steueroase Jersey

Die Tatsache, dass so genannte „High Net Worth Individuals“ (deutsch: vermögende Privatkunden) hier ihre Milliarden verstecken, ist für die Bevölkerung auf der Insel noch lange kein Wohlstandsgarant.